

# Antrag auf Erteilung / Verlängerung eines

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Dreijahresjagdscheines        | <input type="checkbox"/> Jahresjagdscheines        |
| <input type="checkbox"/> Jugendjagdscheines            | <input type="checkbox"/> Tagesjagdscheines         |
| <input type="checkbox"/> Falknerdreijahresjagdscheines | <input type="checkbox"/> Falknerjahresjagdscheines |

## 1. Persönliche Angaben

Zu- und Vorname, ggf. Geburtsname:		
Geburtsdatum:	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit:
Anschrift:		
Aufenthaltort ununterbrochen <b>außerhalb</b> der BRD in den letzten 3 Jahren: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

## 2. Angaben zum Jagdrevier

- Alleinpächter    Mitpächter    Unterpächter    Eigenjagdbesitzer  
 Inhaber einer **entgeltlichen** Jagderlaubnis (nur bei entgeltlichen Jagderlaubnis **ab einem Jahr** Gültigkeit)

Bezeichnung des Jagdreviers:	Reviergröße in ha:
Bei Mitpacht, Unterpacht, entgeltlicher Jagderlaubnis <b>eigene anrechenbare Fläche</b> in ha:	

## 3. Erklärung

Ich erkläre, dass **keine bzw. folgende** Tatbestände vorliegen, die zu einer Versagung des Jagdscheines führen können (gem. § 17 BJagdG):

- Ich bin **nicht** Mitglied in einem/einer verfassungswidrigen Verein/Partei.  
 Zurzeit ist gegen mich **kein** Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig.  
 Zurzeit ist gegen mich **folgendes** Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig:

- Ich bin bereits strafrechtlich verurteilt:

Datum der rechtskräftigen Verurteilung:	Gericht:
Bezeichnung der Tat:	Strafe:

- Außerdem erkläre ich, dass bei mir **keine** körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen (z.B. Schwerhörigkeit, erhebliche Sehfehler, psychischen Erkrankungen usw.), die sich negativ bei der Jagdausübung auswirken, vorliegen.  
 Es liegen folgende körperliche oder geistige Beeinträchtigungen vor:

Mir ist bekannt, dass ein Jagdschein, der aufgrund falscher Angaben erteilt wurde, eingezogen werden kann.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

**Informationsblatt zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten  
durch das Landratsamt Unterallgäu (Art. 12, 13 und 14 DSGVO)**

**Verarbeitungstätigkeit:**

Pro Jagd und Condition Jagd- und Fischereirecht

**1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Landratsamt Unterallgäu  
Postfach 13 62  
87713 Mindelheim

Telefon: 08261/995-0  
Telefax: 08261/995-333  
E-Mail: info@lra.unterallgaeu.de

**2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Datenschutzbeauftragter  
Landratsamt Unterallgäu  
Postfach 13 62  
87713 Mindelheim

Telefon: 08261/995-0  
Telefax: 08261/995-333  
E-Mail: datenschutz@lra.unterallgaeu.de

**3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

**Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben und gespeichert:**

Erteilung und Versagung von Jagd- und Fischereirechtlichen Erlaubnissen, Anzeige von Pachtverträgen

**Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:**

Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. c und e, Abs. 3 Satz 1 Buchst. b DSGVO und Art. 9 Abs. 2 DSGVO, Art. 4 BayDSG in Verbindung mit §§5 bis 17 BJagdG, Art. 28 BayJG, Art. 27 und 29 BayFischGm §§ 1, 19 AVBayFiG, Bundeswildschutzverordnung (BWildSchV)

**4. Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden**

- Familiennamen, Geburtsname, Vornamen
- Doktorgrade
- Anschrift
- Geburtsdatum, Geburtsort und Land, Staatsangehörigkeit,
- fach- bzw., amtsärztliche Gutachten
- Straftaten

**5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

**Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:**

Zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben übermitteln wir im Einzelfall je nach Sachlage die erforderlichen Daten an andere Behörden, Gerichte und Stellen.

Ihre personenbezogenen Daten werden insbesondere an folgende Empfänger weitergegeben (nicht abschließend):

- Gemeinden
- Bundeszentralregister
- Erziehungsregister
- Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister
- Polizei
- Zoll
- weitere öffentliche Stellen-
- andere betroffenen Jagd- und Fischereibehörden
- Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Verfassungsschutzbehörden
- weitere betroffene Sachgebiete des LRA Unterallgäu
- Fischereigenossenschaften
- Hegegemeinschaften
- Fischereifachberatung beim Bezirk Schwaben
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

Es erfolgt keine Übermittlung an Drittstaaten

## **7. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien**

### **Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:**

Rechtliche Basis stellen die Art. 17 DSGVO Recht auf Löschung sowie § 35 BDSG Recht auf Löschung dar. Betroffenenrechte. Die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen betragen:

- 30 Jahre bei Jagdrevieren und -Pachtverträgen
- 10 Jahre bei Jagdgenossenschaften, Hegegemeinschaften, Abschussplänen, Jagdbeschränkungen, Jagd- sowie Fischereischein und Fischzuchtbetrieben
- 6 Jahre bei Wildschadensersatz und Jagdschäden
- 5 Jahre bei Jagd- und Fischereierlaubnisscheinen

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen die Rechte aus Art. 15-18, 20, 21 zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen,
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz,
- Recht auf Datenübertragbarkeit, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

## **8. Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Wenn Sie in die Datenverarbeitung durch den Verantwortlichen (siehe 1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

## **9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Sie sind nach den jagd- und fischereirechtlichen Bestimmungen verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Darüber hinaus kann bei Unterlassung einer Antragstellung dies strafrechtliche Konsequenzen zur Folge haben.